

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 24. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 08.10.2019:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages am 04.07.2019	Anerkannt	
2.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
2.1.	Nachwahl von Mitglied und Stellvertreter des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	504/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
2.2.	Umbesetzung von Gremien: Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH (WFEG)	505/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
2.3.	Nachbesetzung des Beirates bei der Justizvollzugsanstalt Rheinbach	506/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 11
2.4.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.09.2019: Nachbesetzungen und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	507/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 11,12
2.5.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.09.2019: Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	508/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
2.6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 30.09.2019: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	509/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
3.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 22.07.2019: Fahrradnutzung bei Beschäftigten steigern - mit dem Dienstfahrrad zur Arbeit	510/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
4.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 09.09.2019: Radwegebau an Kreisstraßen beschleunigen - Netze für den Alltagsverkehr schaffen	511/19 Zustimmung	MB./ AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Seite 14,15
5.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 05.09.2019: Beschleunigung von Bauprojekten - Zusätzliches Personal für die Gebäudewirtschaft	512/19 Zustimmung	MB./ AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Seite 17
6.	Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis: Sachstand und Maßnahmen	513/19 Zustimmung	MB./ AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, Seite 19,20

7.	Fortschreibung Nahverkehrsplan Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes ab 2023	514/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
8.	Begründung der Mitgliedschaft des Kreises im „Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland“	515/19 Zustimmung	einstimmig, Enth. Abg. Rothe, Abg. Meise, Seite 21
9.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bonn über die Beitreibung von Forderungen aus Abfallgebühren	516/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 22,23
10.	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis zum 01.01.2019	517/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 23
11.	Verkauf eines von der SSB Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH (SSB) gehaltenen Anteils an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) an die Stadt Erftstadt	518/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 23
12.	Stellenausschreibung Kreisdirektor/in	519/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 24
13.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW		
13.1.	Fortschreibung Nahverkehrsplan Stadtbahnlinie 18 – Angebotsausweitung im Abend- und Nachtverkehr	520/19 Genehmigung	einstimmig, Seite 24,25
13.2.	Planfeststellung für den 8-streifigen Ausbau der A59 zwischen den Dreiecken Sankt Augustin-West und Bonn-Nordost, 1. Deckblatt - Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises	521/19 Genehmigung	einstimmig, Seite 25
14.	Mitteilungen und Anfragen		
14.1.	Dienstanweisung gemäß § 32 Kommunalhaushaltsverordnung NRW für das Anordnungswesen, die Finanzbuchhaltung, die Zahlungsabwicklung und die Vollstreckung	Kenntnisnahme	
14.2.	Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland e.V.	Kenntnisnahme	
	Nichtöffentlicher Teil		
15.	Widerruf der Bestellung einer Prüferin im Prüfungsamt	522/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 28
16.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW		
16.1.	RWE-Aktien	523/19 Genehmigung	einstimmig, Seite 28
17.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 24. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am
08.10.2019:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:16 Uhr
Ort der Sitzung: Siegburg Kranz Parkhotel Raum Beethoven/Verdi
Datum der Einladung: 25.09.2019
Einladungsnachtrag vom: 02.10.2019

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron
Herr Jürgen Becker
Frau Renate Becker-Steinhauer
Herr Dr. Torsten Bieber
Herr Norbert Chauvistré
Frau Brigitte Donie
Herr Christoph Fiévet
Herr Björn Franken
Herr Franz Gasper
Herr Dr. Josef Griese
Frau Hildegard Helmes
Herr Hans-Peter Höhner
Herr Ivo Hurnik
Frau Silke Josten-Schneider
Herr Marcus Kitz
Herr Oliver Krauß
Frau Gabriele Kretschmer
Herr Joachim Kühlwetter
Frau Notburga Kunert
Frau Sigrid Leitterstorf
Herr Oliver Roth
Herr Josef Schäferhoff
Herr Martin Schenkelberg
Herr Raimund Schink
Herr Matthias Schmitz
Herr Christian Siegberg
Herr Michael Solf
Herr Michael Söllheim
Herr Andreas Sonntag
Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht
Frau Bettina Bähr-Losse
Frau Gisela Becker
Herr Harald Eichner
Frau Stefanie Göllner
Herr Matthias Großgarten
Frau Veronika Herchenbach-Herweg
Frau Barbara Heymann
Herr Paul Lägel
Frau Nicole Männig
Frau Cornelia Mazur-Flöer
Herr Claus Müller
Frau Joline Piel
Herr Udo Scharnhorst
Herr Björn Seelbach
Frau Susanne Sicher
Herr Dietmar Tandler
Herr Achim Tüttenberg
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky
Frau Johanna Bienentreu
Herr Christian Gunkel
Herr Edgar Hauer
Herr Burkhard Hoffmeister
Herr Ingo Steiner
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Renate Frohnhöfer
Herr Alexander Hildebrandt
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper
Herr Michael Lehmann

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Norbert Klein
Herr Ralf-Udo Rothe
Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Maria Luise Streng

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreistagsabgeordnete NPD
Frau Ariane Christine Meise

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung
Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Schriffthführer
Herr Dirk Kassel

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU:
Herr Klaus Döhl
Frau Katharina Gebauer
Herr Jörg Erich Haselier
Herr Tim Salgert

Kreistagsabgeordnete SPD:
Herr Sebastian Hartmann
Frau Ute Krupp

Kreistagsabgeordnete GRÜNE:
Frau Lisa Anschütz
Frau Gabi Deussen-Dopstadt
Frau Edith Geske

Kreistagsabgeordnete FDP:
Herr Christoph Küpper

Kreistagsabgeordnete LINKE:
Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete Piraten:
Frau Anja Moersch

Unentschuldigt fehlten:

Vertreter/innen der Verwaltung:

Frau Udelhoven
Herr Grünhage
Herr Jaeger
Herr Schwarz
Herr Dr. Tengler
Herr Dahm
Herr Kötterheinrich
Frau Waibel

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Ommerborn
Frau Rellecke

Frau Lorenz
Katja Eschmann

Vertreter der Presse

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Der Landrat eröffnete die 24. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden.

Er teilte mit, dass während der heutigen Sitzung ein freier WLAN-Zugang zur Verfügung stehe.

Dann gratulierte er den Abgeordneten Achim Tüttenberg und Martin Schenkelberg zu ihren „runden“ Geburtstagen sowie folgenden Kreistagsabgeordneten zu ihrer langjährigen Mitgliedschaft im Kreistag:

10-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Bettina Bähr-Losse
 Abg. Michaela Balansky
 Abg. Dr. Torsten Bieber
 Abg. Johanna Bientreu
 Abg. Norbert Chauvistré
 Abg. Edith Geske
 Abg. Stefanie Göllner
 Abg. Jörg Erich Haselier
 Abg. Silke Josten-Schneider
 Abg. Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
 Abg. Nicole Männig
 Abg. Cornelia Mazur-Flöer
 Abg. Michael Otter
 Abg. Tim Salgert
 Abg. Susanne Sicher
 Abg. Maria Luise Streng
 Abg. Helmut Weber

15-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Klaus Döhl
 Abg. Dr. Helmut Fleck
 Abg. Renate Frohnhöfer
 Abg. Hildegard Helmes
 Abg. Marcus Kitz
 Abg. Christoph Küpper
 Abg. Ute Krupp
 Abg. Notburga Kunert
 Abg. Dr. Karl-Heinz Lamberty
 Abg. Sigrid Leitterstorf
 Abg. Udo Scharnhorst
 Abg. Ingo Steiner

20-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Brigitte Donie
Abg. Harald Eichner
Abg. Sebastian Hartmann
Abg. Oliver Krauß

25-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Gabi Deussen-Dopstadt
Abg. Josef Schäferhoff

30-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Achim Tüttenberg

35-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Dietmar Tandler

40-jährige Mitgliedschaft:

Abg. Michael Solf

Darüber hinaus gratulierte er dem Abg. Josef Schäferhoff zu seiner 100. Kreistags-sitzung.

Abg. Solf dankte dem Gremium für die langjährige Zusammenarbeit und merkte an, dass trotz gegensätzlicher Denkweisen eine gewisse Kompromissbereitschaft auf kommunaler politischer Ebene unumgänglich sei, um im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln.

Dann teilte der Landrat mit, dass Herr Volker Heinsch sein Kreistagsmandat nieder-gelegt habe. Herr Volker Heinsch sei seit 2014 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises und in dieser Eigenschaft Mitglied im Ausschuss für Planung und Ver-kehr, im Finanzausschuss, im Personalausschuss sowie in weiteren Gremien des Kreises gewesen.

Er dankte für das ehrenamtliche Engagement zum Wohle der Bürgerinnen und Bür-ger des Rhein-Sieg-Kreises und wünschte für die Zukunft alles Gute.

Weiter sagte der Landrat, dass anstelle des ausgeschiedenen Kreistagesabgeordne-ten Volker Heinsch für die SPD-Fraktion Herr Matthias Großgarten in den Kreistag einziehe. Eine entsprechende Annahmeerklärung sei am 01.10.2019 unterzeichnet worden.

Anschließend trug der Landrat den Verpflichtungstext vor, den der neue Kreistags-abgeordnete nachsprach.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dann gratulierte er dem neuen Kreistagsabgeordneten zu seiner Mitgliedschaft im Kreistag und wünschte eine erfolgreiche Zeit als Mitglied des Kreistages.

Anschließend nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 25.09.2019, den Einladungsnachtrag vom 02.10.2019 und die Tischvorlage 1 vom 07.10.2019.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor. Der Landrat stellte fest, dass Einvernehmen über die Tagesordnung bestand.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages am 04.07.2019	
---	---	--

Der Landrat sagte, Einwendungen seien nicht erhoben worden. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

2.1	Nachwahl von Mitglied und Stellvertreter des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr.
504/19

Der Kreistag wählt als Nachfolger für Herrn Peter Karall

Frau Monika Zander

als neues Mitglied in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde.

Für den Fall der Wahl von Frau Zander als Mitglied wählt der Kreistag

Frau Ulrike Lehn

als neues stellvertretendes Mitglied.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2.2	Umbesetzung von Gremien: Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH (WFEG)	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr.
505/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Frau Brigitte Kohlhaas wird anstelle von Herrn KVOR Hans-Peter Hohn als Stellvertreterin von Herrn Dr. Tengler in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH (WFEG) bestellt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2.3	Nachbesetzung des Beirates bei der Justizvollzugsanstalt Rheinbach	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr. **Der Kreistag benennt Frau Katja Kröger, Meckenheim, als neues Mitglied anstelle von Herrn Raimund Schink für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Rheinbach.**
506/19

Abst.-
Erg.: **Einstimmig.**

2.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.09.2019: Nachbesetzungen und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr. **Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien:**
507/19

Ausschuss für Planung und Verkehr:

Der **Abg. Matthias Großgarten** wird anstelle des ausgeschiedenen **Abg. Volker Heinsch** ordentliches Mitglied.

Finanzausschuss:

Die **SkB`in Anna Peters** wird anstelle des ausgeschiedenen **Abg. Volker Heinsch** ordentliches Mitglied.

Personalausschuss:

Der **Abg. Matthias Großgarten** wird anstelle des ausgeschiedenen **Abg. Volker Heinsch** ordentliches Mitglied.

Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises mbH, BBV (Gesellschafterversammlung):

Der **Abg. Denis Waldästl** wird anstelle des ausgeschiedenen **Abg. Volker Heinsch** stellvertretendes Mitglied.

Rechtsrheinische Busverkehrsgesellschaft mbH /Gesellschafterversammlung):

Der **Abg. Denis Waldästl** wird anstelle des ausgeschiedenen **Abg. Volker Heinsch** persönlicher Stellvertreter der Abg. Stefanie Göllner.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH, RSVG (Aufsichtsrat):

Der Abg. Denis Waldästl wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Volker Heinsch ordentliches Mitglied. Der Abg. Matthias Großgarten wird anstelle des Abg. Denis Waldästl neues stellv. Mitglied.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (Aufsichtsrat):

Die Abg. Ute Krupp wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Volker Heinsch ordentliches Mitglied.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (Verbandsversammlung):

Der Abg. Björn Seelbach wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Volker Heinsch persönlicher Stellvertreter der Abg. Ute Krupp.

Zweckverband Nahverkehr – SPNV und Infrastruktur – Rheinland:

Der Abg. Björn Seelbach wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Volker Heinsch stellvertretendes Mitglied.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

2.5	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.09.2019: Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

**B.-Nr.
508/19**

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung:

Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung:

Der Sachkundige Bürger (SkB) Florian Schröder wird anstelle der SkB`in Hannah Kaschner stellvertretendes Mitglied.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.6	Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 30.09.2019: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr.
509/19

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz:

Die Abg. Lisa Anschütz wird anstelle der SkB`in Andrea Hauser ordentliches Mitglied. Die SkB`in Andrea Hauser wird stellv. Mitglied.

Der SkB Erkan Zorlu wird stellv. Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung, im Ausschuss für Kultur und Sport sowie im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 22.07.2019: Fahrradnutzung bei Beschäftigten steigern - mit dem Dienstfahrrad zur Arbeit	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019 bezüglich des Beschlussvorschlags der Verwaltung.

Abg. Seelbach wies darauf hin, dass man sich zudem um zusätzliche Fahrradabstellplätze ggf. mit Lademöglichkeiten kümmern müsse, da die Auslastung in der Garage des Kreishauses derzeit bereits sehr hoch sei.

Der Landrat sagte, man nehme die Anregung zu Protokoll und werde den Hinweis an die Gebäudewirtschaft weitergeben.

B.-Nr.
510/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Rhein-Sieg-Kreis nimmt in der Rolle als Arbeitgeber an dem Programm „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ teil, insbesondere auch, um durch eine systematische Analyse zu ermitteln, welche Maßnahmen für den Rhein-Sieg-Kreis als Arbeitgeber geeignet wären, die Mitarbeiter zur Radnutzung für die Fahrten von und zur Arbeitsstätte zu motivieren.

Die Verwaltung wird dem Kreisausschuss über die Ergebnisse zu gegebener Zeit berichten.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 09.09.2019: Radwegebau an Kreisstraßen beschleunigen - Netze für den Alltagsverkehr schaffen	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019. Er teilte mit, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr durch eine neue Ziffer 4 ergänzt worden sei und verlas den neuen Beschlusstext. Zudem verwies er auf die nachgereichte Tischvorlage 1.

Abg. Skoda sagte, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da die Anstellung von drei zusätzlichen Beschäftigten mit dieser relativ dünnen Begründung nicht nachvollziehbar sei. Man vermisse insbesondere eine Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Bedarfe, der Möglichkeiten der Trassenführung sowie der Verfügbarkeit von Grundstücken.

Dann ließ der Landrat über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
511/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Die Vorplanung der zehn in der Prioritätenliste aufgeführten Radwegeverbindungen soll bis Ende 2020 abgeschlossen sein. Dabei werden Maßnahmen, die in Teilabschnitte untergliedert wurden, zu einer Maßnahme zusammengefasst. Um die Fertigstellung der Planungen in diesem Zeitrahmen zu erreichen, soll auch mit externen Planungsbüros zusammengearbeitet werden.
2. Ab 2021 werden jährlich mindestens fünf der weiteren in der Prioritätenliste aufgeführten Radwege geplant. Ziel ist, erforderlichenfalls mit anderen Straßenbaulastträgern (Straßen NRW/Kommunen) ein Netz von Radwegen für den Alltagsverkehr um die Zentren zu bilden, damit diese aus der Peripherie gut mit dem Rad erreicht werden können. Die in der aktuellen Prioritätenliste aufgeführten Radwege sollen daher in Gruppen um folgende Zentren zusammengefasst geplant werden: Bonn, Siegburg/Troisdorf/Sankt Augustin, Hennef. Darüber hinaus sind im östlichen Rhein-Sieg-Kreis mögliche Verbindungen über Kreisstraßen in die jeweiligen Kernorte planerisch zu berücksichtigen. Maßnahmen, die in Teilabschnitte untergliedert sind, werden zu einer Maßnahme zusammengefasst.
3. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Verwaltung
 - a) mindestens eine*n weitere*n Planer*in einstellen,
 - b) diese(n) mit der Planung der weiteren auf der Prioritätenliste aufgeführten Radwege im Sinne des Punktes 2 dieses Antrags beauftragen,
 - c) die weiteren personellen Kapazitäten schaffen, die zur Umsetzung des Vorhabens erforderlich sind und mit externen Planungsbüros zusammenarbeiten,
 - d) mit den betroffenen Kommunen intensiv bei Planung und Umsetzung zusammenarbeiten,
 - e) auf gegebenenfalls vorhandene Vorarbeiten der Kommunen zurückgreifen,
 - f) und bei den betroffenen Kommunen abfragen, ob Planungsleistungen durch diese übernommen werden können.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4. Es werden 3 zusätzliche Planstellen (2x EG 11; 1x A 11) im Stellenplan 2019/2020 eingerichtet und die Kämmerin wird gebeten, im Personalhaushalt 2020 – sofern erforderlich - die hierfür notwendigen finanziellen Mittel (rd. 200.000 €) zusätzlich bereitzustellen.

5. Die entsprechenden Fördermittel für die Maßnahmen werden zügig akquiriert. Maßnahmen mit abgeschlossener Planung sind umgehend baulich umzusetzen. Ziel ist es, ab 2021 jährlich mindesten vier der geplanten Radwegeverbindungen zu errichten. Die dafür notwendigen Mittel sind in die Haushaltsplanentwürfe der Haushaltsjahre 2021 ff. einzusetzen.

6. Der Rhein-Sieg-Kreises berät die Kommunen des Kreises umgehend über Maßnahmen zur Verbesserung für den Radverkehr an innerörtlichen Kreisstraßen und koordiniert die Planung für die entsprechenden Konzepte. Ziel ist, Konzepte zur sicheren Radverkehrsführung (z.B. Schutzstreifen) bis Mitte 2020 vorzulegen.

**Abst.-
Erg.:**

MB./ AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.

5	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 05.09.2019: Beschleunigung von Bauprojekten - Zusätzliches Personal für die Gebäudewirtschaft	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019. Er teilte mit, dass die Verwaltung den Beschlussvorschlag präzisiert habe und verlas ihn.

Abg. Lehmann sagte, das Ergebnis der letzten GPA-Untersuchung habe ergeben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Verwaltungsbereich stark überfordert seien, sodass viele Aufträge extern vergeben werden mussten. Es stelle sich ihm die Frage, warum dieser Antrag nicht von der Verwaltungsspitze initiiert worden sei. Darüber hinaus habe seine Fraktion den Antrag bereits bei den vorletzten Haushaltsberatungen wortgleich gestellt. Dieser sei jedoch abgelehnt worden.

Abg. Skoda erklärte, seine Fraktion sei der Ansicht, eine Personalaufstockung in diesem Volumen und mit dieser finanziellen Auswirkung sei auf diesem kurzen Wege nicht angemessen. Er habe in der Sitzung des Kreisausschusses beantragt, dass der Antrag zur weiteren Beratung in die entsprechenden Fachausschüsse verwiesen werde. Das sei mehrheitlich abgelehnt worden. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Der Landrat sagte, vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Brandschutzsaniierungen bei den Bauprojekten gehe es hier darum, eine beschleunigte Umsetzung der Projekte zu erreichen.

Abg. Dr. Bieber verwies auf die in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Bauprojekte und das damit verbundene entsprechende Bauvolumen. Zeitliche Verschiebungen bei den Projekten Brandschutzsaniierung und Berufskolleg Hennef hätten dazu geführt, dass sich die o.g. Projekte weiter hinauszögerten. Die dortigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass für die Umsetzung und Begleitung der Bauvorhaben mehr Personal erforderlich sei.

So könne man erreichen, dass man sich dem im Haushaltsplan dargestellten Zeitplan wenigstens wieder annähere.

Bei den anstehenden Bauvolumina in Höhe von ca. 213 Millionen Euro rentiere sich nach Auffassung der Koalition die Einstellung von Fachpersonal, um nicht Gefahr zu laufen, dass die als notwendig angesehenen Bauprojekte hinsichtlich der Rettungswachen in Bornheim, Ruppichteroth und Much sowie die Brandschutzsanierung des Berufskollegs in Troisdorf und der Neubau des Gefahrenabwehrzentrums weiter verschoben würden, dies insbesondere vor dem Hintergrund einer vermutlichen jährlichen Baukostensteigerung i.H.v. 5%.

Von daher sei es ein Gebot der Notwendigkeit und er bat das Gremium, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Lehmann erklärte, er wolle nicht missverstanden werden. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, jedoch müsse er nachfragen, warum die Verwaltung nicht bereits vor 5 fünf Jahren auf Anraten der GPA entsprechendes Personal akquiriert habe. Darüber sei es fraglich, ob man tatsächlich mit der avisierten Geldausschüttung qualifiziertes Personal erhalte.

Der Landrat wies darauf hin, die GPA habe lediglich eine Organisationsuntersuchung empfohlen. Diese sei abgeschlossen und an der Umsetzung der Ergebnisse werde gearbeitet.

Frau Udelhoven ergänzte, die Ergebnisse der von der GPA empfohlenen „vertieften“ Organisationsuntersuchung lägen seit letztem Jahr vor. Dabei seien insbesondere die Prozesse und Abläufe im Bereich der Gebäudewirtschaft analysiert worden. Das Ergebnis sei schließlich in der Sitzung des Personalausschusses im Dezember 2018 vorgestellt worden. Im Mai 2019 habe man im Personalausschuss die Umsetzungsplanung der Empfehlungen zur Kenntnis gegeben.

Mit der Stellenmehrung verfolge man nun eine Beschleunigung der Projekte und wolle Verzögerungen entgegenwirken.

Abg. Hildebrandt sagte, seine Fraktion werde der Beschlussvorlage mit einem kritischen Blick zustimmen. Als Grund nannte er die Organisationsuntersuchung bei der Gebäudewirtschaft, die dem Personalausschuss im vergangenen Jahr vorgestellt worden sei. Auf seine damalige Nachfrage hinsichtlich des weiteren Umgangs mit dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung sei geantwortet worden, dass man bis zum Sommer 2019 einen Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Umsetzung der Umstrukturierung erhalten werde. Dieser läge bis heute noch nicht vor.

Stattdessen erhalte man „scheibchenweise“ die Umsetzung in der Form präsentiert, indem zunächst die Heraufsetzung der Vergabegrenzen für den Bau- und Vergabeausschuss beschlossen worden seien und nunmehr das Personal in der Gebäudewirtschaft aufgestockt werden solle.

Weiter wies Abg. Hildebrandt auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der Gewinnung von Fachkräften auf dem Stellenmarkt hin. Eine adäquate Lösung sei hierbei die Nutzung externer Kräfte, um nicht nach Abschluss der Großprojekte die Personalkosten weitertragen zu müssen.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Tandler bemerkte, seine Fraktion werde der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen. Es werde jedoch aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt schwierig werden, entsprechendes Fachpersonal zu rekrutieren. Im Hinblick auf die Zeit zum Abschluss der Bauprojekte spreche seine Fraktion sich gegen eine befristete Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Man wolle diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause behalten.

Dann ließ der Landrat über den zuvor verlesenen Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
512/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Zur Beschleunigung der vom Kreistag beschlossenen Bauprojekte wird der für die Jahre 2019/2020 bereits beschlossene amtliche Stellenplan um zusätzliche 14 Planstellen (2x E13, 7 x E12, 2x E11, 2x E10, 1x E8) erweitert.

Die Kämmerin wird gebeten, im Haushalt 2020 die für die Besetzung dieser Stellen notwendigen finanziellen Mittel überplanmäßig bereitzustellen.

Abst.-
Erg.:

MB./. AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.

6	Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis: Sachstand und Maßnahmen	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019. Weiter teilte er mit, dass eine Beratung einvernehmlich in die heutige Sitzung vertagt worden sei.

Abg. Waldästl sagte, die Vorlage der Verwaltung zeige, dass man sich als Rhein-Sieg-Kreis fraktionsübergreifend mit dem Thema Klimaschutz befasse. Jedoch sei in der Bewertung für den Rhein-Sieg-Kreis und der Region neben dem Klimawandel auch die Verkehrspolitik eine große Herausforderung.

Man gebe durch den Beschluss in der heutigen Sitzung ein deutliches Signal und habe als SPD-Fraktion bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft verdeutlicht, dass eine sozialverträgliche Ausgestaltung an der Stelle besonders wichtig sei. Weiter verwies Abg. Waldästl auf die von seiner Fraktion gestellten Anträge wie beispielsweise zur Einführung eines „365-Euro-Tickets“ für die gesamte Region, die Stärkung des Nahverkehrs sowie dem Umweltpreis für Schulen und Jugendorganisationen, die jedoch abgelehnt worden seien.

Hinsichtlich des Radwegeausbaus habe man in der heutigen Sitzung nach langer Dauer eine Entscheidung getroffen. Darüber hinaus habe der Kreistag einvernehmlich nach langer Zeit eine Entscheidung bezüglich der weiteren Handhabung der RWE-Aktien getroffen. Von daher sei man auf einem guten Weg, obwohl vieles schneller hätte entschieden werden können.

Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen und hoffe, dass man in Zukunft über Maßnahmen des Nahverkehrs, des Radwegebaus und über die Vergabe von Umweltpreisen auf die gleiche Offenheit treffe, die heute ein Großteil der Fraktionen dem Beschlussvorschlag entgegenbrächten.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Dr. Griese bemerkte, bis auf die AfD-Fraktion hätten die Fraktionen des Kreistages in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft ihre Ideen zum Beschlussvorschlag und zu den Klimaschutzmaßnahmen eingebracht. Er betonte, das gemeinsame Ziel des Kreistages müsse sein, beim Thema Klimaschutz und Umweltschutz weiter voranzuschreiten. Weiter erinnerte er an Fördermaßnahmen im Bereich des Landschafts- und Naturschutzes, die vor dem Jahre 2011 durch den Kreistag verabschiedet und in der Folge weitergeführt worden seien.

Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abg. Dr. Kuhlmann sagte, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Weiter bemerkte er, es sei unstrittig, dass der Klimawandel eine der großen Herausforderungen für die Menschheit sei. Es seien dringend Maßnahmen auch auf lokaler Ebene erforderlich. Jedoch seien keine populistischen Deklarationen wie das Ausrufen des Klimanotstandes gefragt, sondern konkrete und wirksame Maßnahmen zur CO₂-Minderung. Die Fortentwicklung des Masterplans Energiewende aus dem Jahre 2017 als Klimaschutzplan des Rhein-Sieg-Kreises sowie das Maßnahmenprogramm 2025 mit sinnvollen Maßnahmen wie beispielsweise die energetische Gebäudesanierung, der Radwegebau und der Ausbau eines umweltfreundlichen ÖPNV.

Problematisch sehe man nach wie vor den anvisierten Ausbau der Energieagentur aufgrund der darin enthaltenen Doppelstrukturen.

Weiter führte Abg. Dr. Kuhlmann aus, bei der Betrachtung des Klimawandels als globales Problem benötige man zudem globale Maßnahmen. Dafür müsse man die Rahmenbedingungen ändern, wozu auch eine wirksame CO₂-Bepreisung gehöre. Darüber hinaus müsse man verstärkt Innovationen in diesem Bereich fördern, denn mit technischen Fortschritten wie beispielsweise der Herstellung von synthetischen Kraftstoffen auf Basis von Sonne und Wind könne man das Problem in den Griff bekommen. Diese Technologien müssten zudem global anwendbar sein.

Abg. Steiner sagte, rückblickend habe seine Fraktion bereits vor 15 Jahren einen Haushalt mit einem entsprechenden Begleitbeschluss der Koalition aufgestellt, indem man Klimaschutzmaßnahmen in der Gebäudewirtschaft gefordert habe. Denn jede Kilowattstunde Energie, die man einsparen könne, müsse nicht erzeugt werden. Das sei der beste Klimaschutz.

Darüber hinaus habe man begonnen, die Verkehrswende im Rhein-Sieg-Kreis umzusetzen. Als Vorsitzender des Planungs- und Verkehrsausschusses sei er stolz, was in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Angebots- und Qualitätsverbesserungen im ÖPNV erreicht worden sei.

Das große Ziel Klimaschutz könne man lediglich gemeinsam erreichen. Die umfangreiche Vorlage der Verwaltung sei der Aufschlag mit neuen Zielen, die nun mit „Leben“ gefüllt werden müssten, damit man als Rhein-Sieg-Kreis seinen Beitrag zum Klimaschutz leiste.

Abg. Dr. Fleck sagte, das CO₂-Gas sei nicht schädlich, sondern ein nützliches Element, welches dem Wachstum der Natur zu Gute komme. Mit einer Reduzierung von CO₂ vernichte man die Umwelt. Das werde er nicht mittragen. Darüber hinaus sei die Begrifflichkeit „Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis“ in der Vorlage der Verwaltung falsch und verwies hinsichtlich der Definition „Klima“ auf die freie Enzyklopädie „Wikipedia“ im Internet.

Abg. Kemper erklärte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Man sei jedoch der Ansicht, der Ehrgeiz zum Klimaschutz hätte bisher viel höher liegen müssen und müsse auch zukünftig höher liegen. Insbesondere im Bereich des ÖPNV habe man hinsichtlich zu geringer Taktverbindungen und überfüllter Verkehrsmittel viele Chancen nicht genutzt. Er verwies hierbei auf gestellte Anträge der SPD-Kreistagsfraktion sowie auf Anträge seiner Fraktion.

Abg. Skoda sagte, seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnen, da man nicht der Meinung sei, dass die Einsparung beim Ausstoß von CO₂ unter der Bezeichnung des sogenannten Klimaschutzes als mindestens gleichwertige Tätigkeit der Kreisverwaltung oder einer anderen Kommunalverwaltung gelten solle. Seine Fraktion lehne daher auch alle Maßnahmen ab, die alleine aus dieser Motivation vorgenommen worden seien.

Eine sinnvolle Zielvorgabe wie beispielsweise die Einsparung von Kosten könne man hingegen mittragen. Alleine die Motivation reiche jedoch nicht aus, um ein Verwaltungshandeln zu provozieren.

Seine Fraktion betrachte es positiv, dass durch die Verwaltungsvorlage der Bürgerantrag zur Ausrufung des Klimanotstandes verhindert worden sei. Der Bürgerantrag sei aus Sicht seiner Fraktion unzulässig und unbegründet. Die vorrangige Aufgabe des Kreises und der Kommunalpolitik sei, durch effektiven Einsatz der anvertrauten Mittel eine möglichst gute bzw. eine Verbesserung der Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitsfürsorge, Schulwesen und die innere Sicherheit zu erreichen.

Abg. Steiner entgegnete, der Bürgerantrag sei nicht von der Mehrheit abgelehnt worden. Man wolle nicht nur den Klimanotstand ausrufen, sondern verfolge mit der Beschlussvorlage eine praktische Umsetzung des Klimaschutzes und lasse Taten folgen.

Der Landrat ergänzte, der Kreisausschuss habe in der gestrigen Sitzung aufgrund der Vorlage der Verwaltung den Bürgerantrag als erledigt betrachtet. Die Verwaltungsvorlage habe mehrheitlich Zustimmung gefunden.

Abg. Skoda teilte mit, dass seine vorherige Anmerkung sich darauf bezogen habe, dass die Vorlage der Verwaltung das Ausrufen des Klimanotstandes verhindert habe. Er habe nicht davon gesprochen, dass der Bürgerantrag abgelehnt worden sei.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
513/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Klimawandel ist derzeit die größte Herausforderung, der sich Politik, Staat und Gesellschaft derzeit gegenüberstehen. Nur wenn es gelingt, alle Akteure auf ihren jeweiligen Ebenen zum gemeinsamen Handeln zusammenzubringen, wird man diesen Herausforderungen begegnen können. Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises ist bereit, seinen Beitrag zu leisten.**
- 2. Der Kreistag hat mit seinem einstimmigen, grundlegenden Beschluss „Den Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis konsequent ausbauen“ aus dem Jahr 2011 bereits frühzeitig die Weichen für eine vorsorgende Klimapolitik auf Kreisebene gestellt. Der Kreistag hält an diesem Grundsatzbeschluss fest, der als**

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

oberstes Ziel die deutliche Reduzierung klimaschädlicher Emissionen benennt. Er begrüßt die heute bereits umgesetzten Maßnahmen und wird auch künftig sein Handeln als unmittelbarer Akteur, aber auch über seine Tochterunternehmen und Beteiligungen danach ausrichten. Der Masterplan Energiewende aus 2017 wird als bestehender Klimaschutzplan des Kreises fortentwickelt.

- Der Kreistag stellt fest, dass angesichts des inzwischen erkennbaren, weiteren Handlungsbedarfs im Bereich des Klimaschutzes konkrete, ergänzende Maßnahmen zu treffen sind, um einen Klimanotstand zu vermeiden. Der Kreistag ist willens diese Anstrengungen zu unternehmen. Er beschließt daher das Maßnahmenprogramm 2025 gemäß Anhang zur Ergänzung und weiteren Konkretisierung des Klimaschutz-Beschlusses von 2011. Der Kreistag sieht darin die Grundlage für die weitere Entwicklung und Zusammenarbeit für einen akteursübergreifenden Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis.

**Abst.-
Erg.:**

MB./i. AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.

7	Fortschreibung Nahverkehrsplan Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes ab 2023	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

Abg. Chauvistré sagte, eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV könne man neben den Aspekten Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit und Sicherheit auch durch eine dichtere Taktung der Busse und Bahnen erreichen. Er spreche sich ausdrücklich für eine Taktverdichtung der Stadtbahnlinien aus, so wie es auch die Planungs- und Verkehrsausschüsse des Kreises und der Bundesstadt Bonn beschlossen hätten. Er hoffe, der Kreistag stimme in seiner heutigen Sitzung ebenfalls dem Beschlussvorschlussvorschlag einstimmig zu.

Weiter wies der Abg. Chauvistré auf die Problematik der mit Kreuzungen verbundenen Bahnübergänge in der Stadt Sankt Augustin hin. Hierzu sollen nach Absatz 2 des Beschlussvorschlages kompensatorische Maßnahmen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Individualverkehrs entwickelt werden. Trotz der offenkundigen Probleme halte er den künftigen dichteren Takt der Stadtbahnlinien für richtig. Jedoch solle man sich Gedanken machen, dass neben der rollenden Infrastruktur auch eine entsprechende bauliche Infrastruktur notwendig sei.

Abg. Tandler sagte, bei allem Verständnis für die Ausführungen des Abg. Chauvistré zur Sicht der Stadt Sankt Augustin, müsse der Kreis sich davon verabschieden, Nahverkehrsprobleme unmittelbar nur aus städtischer Sicht zu betrachten. Die Stadtbahnlinien nutzten viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Rhein-Sieg-Kreis, die auf ihren PKW verzichteten, um zu ihrem Arbeitsplatz nach Bonn zu gelangen. Das habe man über viele Jahre durch eine bessere Vertaktung und ein besseres Angebot erreicht.

Die von Herrn Abg. Chauvistré aufgeworfene Diskussion hinsichtlich der städtischen Problematik könne man ebenso über Windeck und Eitorf führen. Jedoch benötige man einen Nahverkehrsplan für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
514/19

Der Kreistag stimmt der Einführung des Taktangebots auf den Stadtbahnlinien gemäß Empfehlungsvariante (s. Anhang 1 „Fahrplanangebot Stadtbahn Bonn/Rhein-Sieg ab 2023“) einschließlich Auftrag an die SWBV/SSB zur dazu notwendigen Fahrzeugbeschaffung von 22 Fahrzeugen zu.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Sankt Augustin eine Studie zur Weiterentwicklung aller Verkehrsmittel im Korridor der Stadtbahnlinie 66/67 durchführen zu lassen. Hierzu gehören unter Beibehaltung des im beschlossenen Angebotskonzeptes enthaltenen Taktangebotes auch kompensatorische Maßnahmen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Individualverkehrs sowie etwaiger Umwelteinflüsse (z.B. Lärmschutz etc.).

Darüber hinaus wird empfohlen, eine Bestelloption für weitere 4 Fahrzeuge zur Taktverdichtung der Linie 18 und Verlängerung der Linie 63 bis zum Gewerbe-park Buschdorf/Nordfriedhof vorzusehen. Zur Realisierung wird die Verwaltung beauftragt, gesonderte Beschlussvorlagen vorzulegen, sofern positive Ergebnisse entsprechender Nutzen-Kosten-Untersuchungen vorliegen.

Die zusätzlichen Kosten für die Beschaffung von 22 Fahrzeugen bzw. die Option auf 4 weitere Fahrzeuge sowie der von Seiten der SWBV avisierten Sonderkosten sind in der Wirtschaftsplanung der SWBV und SSB zu berücksichtigen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

8	Begründung der Mitgliedschaft des Kreises im „Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland“	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr.
515/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

„Der Kreistag beschließt die Begründung der Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im „Gesunde-Städte-Netzwerkes der Bundesrepublik Deutschland“. Zur Umsetzung des Vorhabens werden ab dem Haushaltsjahr 2020 ca. 950 Euro p.a. als Mitgliedsbeitrag (Budget 53) zur Verfügung gestellt.“

Abst.-
Erg.:

Einstimmig, Enth. Abg. Rothe, Abg. Meise.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
9	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bonn über die Beitreibung von Forderungen aus Abfallgebühren	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr.
516/19

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

„Der Kreistag stimmt dem Abschluss der folgenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bonn zu:

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE VEREINBARUNG
zwischen
dem Rhein-Sieg-Kreis
und
der Bundesstadt Bonn

Präambel

Zum 1. Januar 2019 erfolgte die Übertragung der Gebührenhoheit für die Abfallentsorgung vom Rhein-Sieg-Kreis auf die RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG AÖR). Diese setzt nun durch eine eigene Satzung die Abfallentsorgungsgebühren fest und veranlagt diese.

Der RSAG AÖR ist es allerdings verwehrt, ihre Geldforderungen selbst zwangsweise beizutreiben, da Geldforderungen von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 2 i. V. m. § 4 Nr. 1 Verwaltungsvollstreckungsverordnung NRW (VO VwVG NRW) von den Vollstreckungsbehörden der Gemeinden begetrieben werden, in denen die Schuldnerin bzw. der Schuldner ihren / seinen Wohnsitz hat.

Dies vorausgeschickt wird Folgendes vereinbart:

§ 1

Hinsichtlich der zwangsweisen Beitreibung der Geldforderungen für die auf die RSAG AÖR übertragenen Aufgaben liegt die Vollstreckungsbefugnis gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 4 Nr. 1 VO VwVG NRW für Schuldnerinnen und Schuldner mit Wohnsitz in Bonn bei der Stadtkasse Bonn. Zur Vereinfachung der Verwaltungsabläufe überträgt die Bundesstadt Bonn diese Befugnis sowie den Anspruch auf Erhebung des Kostenbeitrages gemäß § 5 Abs. 1 VO VwVG NRW auf den Rhein-Sieg-Kreis.

Mit dem Kostenbeitrag gelten die Vollstreckungskosten als abgegolten, eine – weitere - Erstattung von Kosten wird gegenüber der Bundesstadt Bonn nicht geltend gemacht.

§ 2

Der Rhein-Sieg-Kreis wird keine Vollstreckungsmaßnahmen im Außendienst auf dem Gebiet der Bundesstadt Bonn durchführen. Hierzu wird die Amtshilfe der Bundesstadt Bonn in Anspruch genommen.

§ 3

Diese Vereinbarung kann jederzeit mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten gekündigt werden. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Die Frist beginnt mit dem Schluss des Monats, in welchem die Kündigung ausgesprochen wurde.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

§ 4

Diese Vereinbarung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.“

Abst.-
Erg.: Einstimmig.

10	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis zum 01.01.2019	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr. Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises stimmt der als Anhang beigefügten Gebührensatzung für den Rettungsdienst des Rhein-Sieg-Kreises (Anhang 2) rückwirkend zum 01.01.2019.
517/19

Abst.-
Erg.: Einstimmig.

11	Verkauf eines von der SSB Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH (SSB) gehaltenen Anteils an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) an die Stadt Erftstadt	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019.

B.-Nr. Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:
518/19

Dem Verkauf eines von der SSB Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH (SSB) an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) gehaltenen Geschäftsanteils in Höhe von ca. 2,4% im Nennbetrag von 85.901,- Euro zu einem Kaufpreis von je 520.896,00 Euro wird zugestimmt. Vor Vollzug einer Anteilsveräußerung ist das kommunalrechtliche Anzeigeverfahren bei der Bezirksregierung Köln durchzuführen.

Abst.-
Erg.: Einstimmig.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
12	Stellenausschreibung Kreisdirektor/in	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 07.10.2019. Weiter teilte er mit, dass im Ausschreibungstext (Anhang 1) folgende redaktionelle Änderungen/Ergänzungen notwendig seien:

Die Überschrift werde ergänzt mit der Definition „(weiblich/männlich/divers)“; im letzten Absatz auf Seite 1 werde der Begriff „diversgeschlechtlichen Menschen“ eingefügt.

Abg. Dr. Fleck sagte, er werde dem Ausschreibungstext zustimmen. Auf seine Nachfrage hinsichtlich der Notwendigkeit einer bundesweiten Ausschreibung antwortete der Landrat, dass eine überregionale Ausschreibung erforderlich sei.

Abg. Seelbach schlug vor, den Hinweis auf der letzten Seite des Ausschreibungstextes „Fahrt- und Übernachtungskosten werden nicht erstattet“ zu streichen. Dieser Hinweis erscheine seiner Meinung nach etwas kleinlich, zumal der Rhein-Sieg-Kreis die Bewerberinnen und Bewerber zu einem persönlichen Vorstellungsgespräch einladen werde. Diese Angelegenheit könne man zudem im Zuge des persönlichen Gesprächs klären.

Der Landrat stimmt dem zu und sagte, dass dieser Passus gestrichen werde.

Dann ließ der Landrat über den redaktionell geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
519/19

Der Kreistag stimmt dem als Anhang 1 beigefügten Ausschreibungstext Kreisdirektorin/Kreisdirektor mit den vorgenannten redaktionellen Änderungen/Ergänzungen zu.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

13	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW	
----	---	--

13.1	Fortschreibung Nahverkehrsplan Stadtbahnlinie 18 – Angebotsausweitung im Abend- und Nachtverkehr	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die Dringlichkeitsentscheidung vom 08.08.2019.

B.-Nr.
520/19

Der Kreistag genehmigt die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 Kreisordnung NRW:

Gemäß § 50 Abs. 3 KrO NRW wird folgende Dringlichkeitsentscheidung zur schnellstmöglichen Anmeldung der Angebotsverbesserungen auf der Stadtbahnlinie 18 bei der KVB getroffen:

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 werden folgende Angebotsverbesserungen im Abend- und Nachtverkehr auf der

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Stadtbahnlinie 18 umgesetzt:

- durchgehender 30-Minuten-Takt abends bis Betriebsschluss
- stündlicher Nachtverkehr am Wochenende.

Die Kreiskämmerin wird gebeten, für das Haushaltsjahr 2020 110.000 € überplanmäßig zur Finanzierung dieser zusätzlichen interlokalen Verkehre der Stadt Köln bereitzustellen.

Abst.-**Erg.:****Einstimmig.**

13.2	Planfeststellung für den 8-streifigen Ausbau der A59 zwischen den Dreiecken Sankt Augustin-West und Bonn-Nordost, 1. Deckblatt - Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die Dringlichkeitsentscheidung vom 14.08.2019.

B.-Nr.
521/19**Der Kreistag genehmigt die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 Kreisordnung NRW:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu o.a. Verfahren die als Anhang 3 beigefügte Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises der Bezirksregierung Köln zu übersenden.

Abst.-**Erg.:****Einstimmig.**

14	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 20.09.2019: Sorge wegen Babys mit rätselhaften Fehlbildungen, möglicherweise verursacht durch in der Landwirtschaft verwendete Pestizide.

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 27.09.2019.

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 01.10.2019: Digitalisierung im Straßenverkehrsamt.

Der Landrat teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung gesondert nachgereicht werde.

Die Antwort der Verwaltung ist als Anhang 1 der Niederschrift beigefügt.

Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.09.2019: Kinderklinik Sankt Augustin

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 02.10.2019.

Weiter teilte der Landrat mit, dass aufgrund der heutigen auswärtigen Kreistagssitzung die Tür neben der Parkhauseinfahrt (Rolltor zur Tiefgarage) bis 19:00 Uhr geöffnet sei und die nächste Kreistagssitzung im Dezember wieder im Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg stattfinden werde.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Auf Nachfrage des Landrates, ob es weitere Anfragen gebe, sagte der Abg. Lehmann bezüglich der Thematik Asklepios-Klinik, in der letzten Sitzung des Kreistages sei mitgeteilt worden, dass der Kreistag über die Ergebnisse der Verhandlungen und Gespräche mit den Gesprächspartnern des Klinikkonzerns informiert werde. Bezüglich der beantworteten Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion fragte Abg. Lehmann, was man unter „fortlaufende Termine“ verstehe. Zudem würde er gerne wissen, welche Personen diese Termine wahrgenommen haben und wie die Ergebnisse der Gespräche aussähen.

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung zu dieser Anfrage. Er ergänzte, der Dezernent und der Amtsleiter des Gesundheitsamtes hätten mit Herrn Prof. Dr. Holzgreve am 24.09.2019 einen Verhandlungstermin wahrgenommen. Darüber hinaus hätten am 02.10.2019 bei der Bezirksregierung und dem Landschaftsverband Rheinland sowie am 08.10.2019 im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Termine stattgefunden. Am morgigen Tag gäbe es einen Termin, bei dem auch der Träger in der Gesundheitskonferenz anwesend sei.

Weiter merkte er an, ein zu offener Umgang von Beratungen und vertraulichen Gesprächen würden mögliche Verhandlungsergebnisse gefährden und in Frage stellen. Das könne er nicht verantworten. Sobald erklärbare Ergebnisse vorlägen, würden diese mitgeteilt.

Darüber hinaus sei er gerne bereit, nach den Herbstferien außerhalb von Gremiensitzungen den Fraktionen einen aktuellen Sachstand zu diesem Thema zu präsentieren.

Hinsichtlich des Breitbandausbaus im östlichen Rhein-Sieg-Kreis fragte Abg. Kemper wann und in welchen Orten und Straßenzügen die Bürgerinnen und Bürger mit einer schnelleren Datenübertragungsrates rechnen könnten.

Dr. Tengler teilte hierzu mit, die Verträge seien mit den Unternehmen unterzeichnet sodass die Ausbaufristen bereits liefen. In einigen Bürgerveranstaltungen sei über den Ausbau in den betroffenen Gebieten informiert worden. Zudem werde man die Daten veröffentlichen, sobald sie vorlägen.

Abg. Kemper sagte, den Fraktionen sei seinerzeit zugesagt worden, dass sie eine Liste erhielten, sobald die Daten vorlägen und die Informationen zudem auf der Internetseite des Kreises veröffentlicht würden.

Dr. Tengler sagte, man könne lediglich die Informationen bereitstellen, die man von den ausbauenden Firmen erhalte.

Der Landrat ergänzte, es bleibe Herrn Kemper unbenommen sich bei Herrn Dr. Tengler oder Frau Barczewski über einzelne Ausbaufortschritte zu erkundigen.

Auf Nachfrage des Abg. Steiner, ob alle Verträge inkl. der Telekom unterzeichnet seien, sagte Dr. Tengler, seitens Telekom sei der Vertrag noch nicht unterschrieben, jedoch gebe es eine Vereinbarung mit der Telekom, dass das Datum der Unterschrift des Landrates vom 02. August das anerkannte Startdatum sei.

Weiter Wortmeldungen lagen nicht vor.

24. Sitzung des Kreistages am 08.10.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

14.1	Dienstanweisung gemäß § 32 Kommunalhaushaltsverordnung NRW für das Anordnungswesen, die Finanzbuchhaltung, die Zahlungsabwicklung und die Vollstreckung	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage vom 23.09.2019. Der Kreistag nahm die Vorlage zur Kenntnis.

14.2	Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland e.V.	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage vom 27.09.2019. Er ergänzte, er gehe davon aus, dass weitergehende Informationen nachgereicht werden, sobald die terminierte Klausurtagung des Vorstandes bei der Metropolregion stattgefunden habe und über das Arbeitsprogramm 2020 befunden worden sei. Im Kreistag werde sodann berichtet, was im Rahmen der Mitgliedschaft zu erwarten sei.

Information des Schriftführers:

Die in der Sitzung nachfolgenden weiteren Mitteilungen des Landrates sowie weitere gestellte Anfragen zu anderen Themenbereichen wurden unter TOP 14 aufgeführt.

Dann schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils

Anlage 1

Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
-36 Straßenverkehrsamt-

Siegburg, den 21.10.2019

Herrn
Dr. Helmut Fleck

nachrichtlich:
CDU-Kreistagsfraktion
SPD-Kreistagsfraktion
Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
FDP-Kreistagsfraktion
Die Linke-Kreistagsfraktion
AfD-Kreistagsfraktion
Gruppe im Kreistag FUW-Piraten
sowie Einzelabgeordnete im Kreistag Frau Meise

Digitalisierung im Straßenverkehrsamt (Sachstandsbericht)
-Anfrage vom 01.10.2019-

Sehr geehrter Herr Dr. Fleck,

zu der vorgenannten Anfrage nehme ich wie folgt Stellung:

bei 36 befinden sich bereits heute zahlreiche online-Anwendungen im Einsatz.

• **Zulassungsbereich**

Hier ist es im Rahmen des bundesweit eingerichteten Projektes „iKfz“ bereits seit längerer Zeit (Stufe 1) möglich, Fahrzeuge online außer Betrieb zu setzen.

In der inzwischen eingerichteten Stufe 2 haben die Bürger/innen auch die Möglichkeit, das in dieser Form abgemeldete Fahrzeug auch online auf denselben Halter wieder zuzulassen. Diese Angebote werden auch bereits -wenn auch in geringem Umfang- angenommen.

Als nächster Schritt ist die Stufe 3 vorgesehen, in der alle Zulassungsgeschäfte online abgewickelt werden können. Diese konnte aber auf Grund von Problemen bei der praktischen Umsetzung (Mindestsicherheitsanforderungen beim Kraftfahrt-Bundesamt -KBA-) bundesweit noch nicht umgesetzt werden.

Obwohl die Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern auf Grund der technischen Voraussetzungen auch bei den Kunden/innen (E-Payment-Funktionalität, Möglichkeit zur elektronischen Authentifizierung -eID-Funktion-) doch sehr verhalten ausfällt, ist der Rhein-Sieg-Kreis mit den angebotenen Möglichkeiten auf dem auch bei anderen Behörden bestehenden aktuellen Stand.

Darüber hinaus bietet der Rhein-Sieg-Kreis aus eigener Initiative den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Adressänderungen innerhalb des Rhein-Sieg-Kreises online durchzuführen. Dies wird auch intensiv genutzt.

Ein aktiver Treiber der Digitalisierung ist das Onlinezugangsgesetz (OZG). Im Zuge dessen und im Hinblick auf den weiteren avisierten Ausbau des Online-Angebots von Verwaltungsabläufen bei der Kreisverwaltung werden auch weitere online-Optionen geprüft:

- Rückrufaktionen, Fahrzeugmängel im Bereich der Halterpflichten
- Halteranfragen
- Versicherungsanfragen.

- Verkaufsanzeigen
- Zuteilung von roten Dauerkennzeichen

- **Führerscheinstelle**

In diesem Bereich war das Straßenverkehrsamt bundesweit die erste Behörde, die den örtlichen Fahrschulen die Möglichkeit geboten hat, die Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis ihrer Fahrschüler samt erforderlicher Unterschriften und Unterlagen online einzureichen, ohne dass im Nachhinein noch jemand persönlich vorsprechen muss.

Diese Option wurde mittlerweile erweitert auf die Verlängerung einer Fahrerlaubnis (Lkw und Bus) und befindet sich im Testbetrieb mit RSVG und RSAG.

Weitere Betätigungsfelder, die im Zuge der Umsetzung des OZG geprüft werden, sind

- der anstehende Zwangsumtausch der alten Führerscheine
- die Verlängerung der befristet (15 Jahre) ausgestellten neuen Karten-Führerscheine.
- die Ausstellung eines Internationalen Führerscheines

- **Verkehrssicherung**

Hier ist es bereits heute möglich, auf die durch die Bußgeldstellen eingeleiteten Anhörungen direkt online zu antworten, wodurch die Rückläufe in Papier und auch die Rückmeldezeiten deutlich reduziert werden konnten.

Darüber hinaus wird künftig die Möglichkeit geprüft werden, ob alle hier eingehenden Anträge (Ausnahmegenehmigungen, Baustellenabsicherungen, Veranstaltungserlaubnisse, Meldungen defizitärer verkehrlicher/ verkehrsrechtlicher Zustände, ...) grundsätzlich online in einer Schritt-für-Schritt-Anleitung gestellt werden können. Aber auch hierfür ist nach wie vor zu klären, wie die aus Gründen der Rechtssicherheit in den Verfahren mehrheitlich nötige Unterschrift des Antragstellers ersetzt werden kann, da Privatpersonen auf die Möglichkeit einer verifizierten digitalen Signatur oftmals nicht zurückgreifen können.

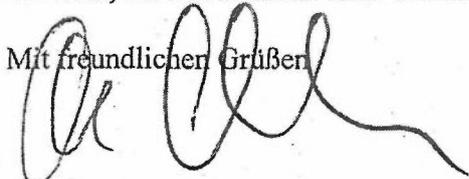
- **Wartezeiten**

Diesbezüglich ist für die publikumsintensiven Bereiche der Zulassung und der Führerscheinstelle Folgendes festzustellen:

Bereits seit etwa 2 Jahren ist für den Besuch der genannten Bereiche eine vorherige Terminvereinbarung (online oder telefonisch) erforderlich. Die wenigen Besucher/innen, die nach wie vor ohne Termin erscheinen, bekommen einen solchen, wenn noch freie Termine vorhanden sind, (später) am selben oder an einem Folgetag zugeteilt. Ist dies nicht möglich, werden sie in Ausnahmefällen, wenn es die personellen Kapazitäten zulassen und der Kunde es wünscht, nach den Terminkunden bedient. Diese Personengruppe unterliegt dann zum Teil bei erhöhtem Aufkommen auch längeren Wartezeiten.

Diese konnten aber in der letzten Zeit durch die verstärkte Inanspruchnahme des Terminservice deutlich reduziert werden. Im September 2019 lag die Wartezeit bei den Terminkunden bei 10 Minuten, bei den Kunden ohne Termin bei rd. 30 Minuten.

Mit freundlichen Grüßen



(Landrat)